

MARKUS PLATE

Guatemala: »Failed State« oder funktionierendes Herrschaftssystem?

Ein spektakuläres Video eines ermordeten Anwalts hat die Verstrickungen zwischen organisiertem Verbrechen und guatemaltekischer Regierung in die Schlagzeilen gebracht. Die endemischen Morde, der Vormarsch von Drogenmafia, Menschenhändlern und Geldwäschern, die boomende private Sicherheitsbranche, geführt von vielen Ex-Militärs, die unterbesetzte und diskreditierte Polizei, die allgegenwärtige Korruption und die gewalttätigen Jugendbanden, und eine schwache zersplitterte Zivilgesellschaft – dieses Szenario ist nicht neu. Neu sind die plötzliche öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion. Befindet sich Guatemala auf Stufe fünf der Skala eines Mafiastaates? Handelt es sich gar um einen weiteren failed state? Der Text analysiert die Verstrickungen zwischen organisiertem Verbrechen, Regierung und Staat, sowie die aktuelle gesellschaftliche Diskussion und kritisiert diesen Ausdruck als oberflächlich. Denn Staat, Justiz und Sicherheitsapparat funktionieren durchaus effizient: Jedenfalls wenn es um die Interessen der Mächtigen geht. Komplementär dazu übernimmt die Zivilgesellschaft Aufgaben, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat, wie bei Gesundheit, Bildung, Justiz und Sicherheit. Soziale Organisationen schulen Anwälte, decken den Genozid auf, arbeiten Gesetzesvorschläge aus und sind bei Katastrophen zur Stelle.

Ein derart ungeheuerlicher Vorgang würde wohl jeden Staats- oder Regierungschef der Welt in ärgste Bedrängnis bringen: Am Sonntag, den 11. Mai, wird der Anwalt Rodrigo Rosenberg in Guatemala beim Fahrradfahren erschossen. So zynisch das klingt, bei vier bis fünftausend Mordopfern jährlich im kleinen Guatemala ist dies allein kaum eine Schlagzeile wert. Die Bombe platzt einen Tag später, am Montag. Zwei große Tageszeitungen veröffentlichen eine Videobotschaft des Ermordeten, aufgenommen eine halbe Woche vor dem Mordanschlag. »Guten Tag, mein Name ist Rodrigo Rosenberg Marzano. Leider hören Sie diese Botschaft, weil ich ermordet worden bin...durch den Präsidenten Alvaro Colom [...] mit voller Unterstützung durch dessen Gattin Sandra de Colom.« Weitere »Enthüllungen« folgen: Im Sozialfonds, der von Sandra de Colom gesteuert wird, verschwänden Unsummen in Geisterprojekten. Die Bank für ländliche Entwicklung, Banrural, in der auch Regierungsvertreter im Aufsichtsrat sitzen, sei unter der Präsidentschaft Alvaro Coloms zur Schlangengrube von Korrupten und Verbrechen mutiert, Vorwürfe, die Rosenberg auch gegen weitere Vertraute des Präsidenten erhebt.

Seitdem geht es hoch her in Guatemala. Vor allem die Tageszeitungen Prensa Libre und El Periódico fah-

ren eine Kampagne gegen die Regierung, wie sie es seit der Präsidentschaft Alfonso Portillos (2000-2004) nicht mehr gegeben hat. Am Sonntag (17.05.2009) versammelten sich gleich zwei Groß-Demonstrationen im Zentrum von Guatemala-Stadt. Die einen forderten Coloms Rücktritt, die anderen solidarisierten sich mit ihm. Mit Tausenden von Menschen ist jede einzelne Demonstration für sich schon die größte seit Jahren in dem zentralamerikanischen Land. Wirklich spontan sind beide Demos nicht: Die eine wird von der Regierung, die andere vom Unternehmensektor gepusht. Diejenigen, die Coloms Rücktritt verlangen, sind überwiegend Demonstranten aus dem gutbürgerlichen Spektrum – an einem Ort, an dem normalerweise Indígenas, Kleinbauern oder Gewerkschaften demonstrieren. Die Zone 1 der Hauptstadt wird ansonsten von Guatemalas hellhäutiger Ober- und oberer Mittelschicht gemieden.

Größte Demonstrationen seit Jahren

Warum hat sich die obere Mittelschicht bis heute Zeit gelassen, um angesichts der jahrelangen Gewalt in Guatemala den Rücktritt eines Präsidenten zu fordern? »Weil es bis heute niemanden gegeben hat, der die Regierung

und den Präsidenten direkt belastet hat«, erklärt eine Demonstrantin. »Die Situation ist delikater und gefährlicher«, sagt Enrique Corral, Präsident der angesehenen Stiftung Guillermo Toriello, Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Guatemala. Er ist ein Kenner der politischen Situation Guatemalas und glaubt, dass es dieser Tage um mehr geht, als um ein Verbrechen und um Aufklärung: Die Personalien, Strukturen und Vorkommnisse in der Umgebung des Präsidenten seien besorgniserregend, so Corral, von der Finanzierung der Kampagne Coloms bis hin zu Coloms Sicherheitsorganen. Im Bankensektor, aber auch in anderen Bereichen gebe es einen heftigen Disput zwischen Unternehmensektor und der Regierung. Eine Demonstration, die Colom absetzen wolle, spiegele auch die Bestrebungen derjenigen wider, die Vizepräsident Espada auf den Schild heben wollten. »Ihnen missfällt Coloms anti-oligarchischer und sozialer Touch. Diese Bestrebungen gibt es schon seit längerem, aber dies ist sicherlich der perfekte Moment. Das alles scheint mir nicht spontan und nicht zufällig, sondern geplant und gewollt.«

Es geht, darüber sind sich die meisten Beobachter einig, um Politik, um viel Geld, um den äußerst gewinnträchtigen Bankensektor Guatemalas und um Geldwäsche aus dem Drogengeschäft. Denn Guatemala gilt als eines der Länder der Region, in der das organisierte Verbrechen nicht nur große Gewinne macht, sondern auch paradisiische Zustände vorfindet, um das Geld aus eben diesen Gewinnen zu waschen. Der Wirtschafts- und Finanzsektor, die Justiz, das Parlament und auch die Regierung Alvaro Coloms gelten als vom organisierten Verbrechen unterwandert. Idivina Hernández, Leiterin der NGO SEDEM (Sicherheit in der Demokratie), die gegen die Straffreiheit in Guatemala kämpft, zieht das Modell des italienischen Richters Falcone heran, der von fünf Stufen der Unterwanderung einer Gesellschaft durch das organisierte Verbrechen spricht, wobei Stufe fünf die Unterwanderung sämtlicher Institutionen des Staates, einschließlich der Regierung bedeutet. Hernández sieht Guatemala schon seit mindestens sieben Jahren in Stufe 5. In den letzten zwei Wahlen hätte das organisierte Verbrechen auch massiv politische Kampagnen finanziert. Colom erwähnt Hernández in diesem Zusammenhang nicht, aber gerade seiner Kandidatur ist immer wieder vorgeworfen worden, aus dunklen Kanälen großzügig unterstützt worden zu sein – die Vorwürfe entstammen nicht nur dem rechten Lager,

sondern kommen auch aus der sozialen Bewegung. Mittlerweile konstatiert Hernández sogar eine direkte Präsenz des organisierten Verbrechens in der Politik.

Die Macht des organisierten Verbrechens

Sichtbar wird die Macht des organisierten Verbrechens vor allem an der Grenze zu Mexiko, dem Hotspot von Schmuggel, Menschen- und Drogenhandel. Die Hauptstraße von der Provinzhauptstadt Huehuetenango zum Grenzort La Mesilla ist regelmäßig Schauplatz von Bandenkriegen, zerschossene Geländewagen und durch Kugeln zersiebte Insassen sind mittlerweile gängiges Bild. »La Bodega« – »das Lager« nennen die mexikanischen Drogenkartelle Guatemala. Von hier aus gelangt kolumbianisches Kokain, aber auch guatemaltekisches Marihuana oder Opium nach Mexiko. Das Departement Huehuetenango ist in Teilen komplett dem organisierten Verbrechen überlassen. Lokale Drogenbarone haben die staatliche Hierarchie von der Hauptstadt in die Gemeinden weitgehend gekappt, sind die wahren Vorgesetzten von Bürgermeister, lokalen Polizeipräsidenten, Richtern, Behörden.

Krieg und Frieden in Guatemala

1954 putschte die guatemaltekische Armee gegen den sozialreformistischen Präsidenten Jacobo Arbenz. Seit Anfang der Sechziger Jahre formieren sich sowohl aus den mestizisch dominierten Universitäten, als auch im indigen geprägten Hochland bewaffnete Widerstandsgruppen gegen die Militärdiktatur, aus der sich später die URNG-Guerilla bildet. Vor allem unter General Efraín Ríos Montt erreicht der Krieg seit 1982 die Dimension eines Völkermordes. Armee und paramilitärische Milizen ermorden die Bewohner hunderter Indígena-Dörfer, fast täglich tauchen in den Straßen der Städte die Leichen von Regimegegnern auf. Bis zum Friedensschluss 1996 kommen über 200.000 Menschen ums Leben, weitere 45.000 verschwinden. Der REHMI-Wahrheitsbericht des damaligen Weihbischofs von Guatemala-Stadt, Juan Gerardi, weist dem Staat und vor allem der Armee 93 Prozent aller Menschenrechtsverbrechen zu. Die Friedensabkommen von 1996 hatten neben der Reintegration der Guerilla ins zivile Leben, der Reduzierung der Armee; der Rückführung der Flüchtlinge und der Aufarbeitung des Krieges vor allem die folgenden Ziele: Die Anerkennung indigener Rechte; die Entschädigung der Opfer des Krieges sowie die Lösung der Landfrage und die Entwicklung ruraler Regionen. Die fehlenden sozialen Reformen, die überragende Korruption und der heute mit den Drogenmafias verwobene Aufstandsbekämpfungsapparat der Diktatur gelten als die Hauptursache der heutigen Gewalt, der jeden Tag 20 Menschen zum Opfer fallen. Präsident Alvaro Colom war nie selbst Mitglied der Guerilla, war jedoch 1999 Präsidentschaftskandidat des Linksbündnisses ANN, zu dem auch die URNG gehörte. In den Neunziger Jahren bekleidete Colom verschiedene Regierungämter, war Vizewirtschaftsminister und leitete das »Land für Frieden«-Programm, über welches ehemaligen Guerilleros Land zugewiesen werden sollte.

Kaffeekooperativen berichten von Mittelsmännern, die die Kaffeeernte zu überhöhten Preisen abkaufen, um so Drogengelder über den anschließenden Weiterverkauf weiß zu waschen. Dagegen vorzugehen, ist für den Leiter der Kaffeekooperative La Libertad, Douglas Reinos López, doppelt schwierig: Die in der Kooperative zusammengeschlossenen Kleinbauern erlösen durch den Kaffeeverkauf nach Marktpreisen gerade einmal 1.200 Quetzales monatlich – rund 120 Euro, das ist weniger als der staatliche Mindestlohn. Wie soll man jemanden, der um seine Existenz kämpft, davon überzeugen, auf höhere Einnahmen zu verzichten? Direkt gegen die Drogenmafia anzureden, sei außerdem gefährlich, sagt Douglas, daran erinnerten ja fast täglich die Toten unten auf der Hauptstraße. Anderswo betreiben lokale Drogenbosse kleine Kliniken, bauen Schulen, spenden Lebensmittel, generieren sich als Wohltäter in Gemeinden, die vom Staat immer vernachlässigt, oder wie während der Diktatur, sogar terrorisiert wurden.

Paradies für Geldwäsche

Was im Kleinen zum Beispiel im Departement Huehuetenango funktioniert, läuft in Guatemalas Hauptstadt noch besser, wo das Geld und die Politik sitzen. In der Nähe des Flughafens sind in den letzten 15 Jahren Luxushochhäuser wie Pilze aus dem Boden geschossen. Ein Großteil der Appartements steht leer, dennoch werden immer mehr und immer größere und teurere Gebäude hochgezogen. Ob man mit Journalisten, Menschenrechtlern, Professoren oder Staatsanwälten spricht: Alle sagen mehr oder weniger offen, dass hier Drogengelder gewaschen werden. Eine ehemalige Angestellte eines dieser Wohnparks spricht von Geschäftsmännern mit Aktenkoffern, aus denen Appartements in bar bezahlt werden. Üblich ist es in vielen dieser Unternehmungen, eben diese Angestellten nach sechs Monaten wieder zu feuern, »wir sollen wohl nicht zu viel mitbekommen«. Wer finanziert diesen Bauboom? Vor allem der äußerst profitable Bankensektor Guatemalas, zu dem auch Banrural gehört, das Institut, das im Rosenberg-Video so prominente Erwähnung findet. 25 Banken existieren in einem so kleinen Land wie Guatemala, allesamt hoch profitabel und ohne Spur von Finanzkrise.¹ Das lässt viele in Guatemala fragen, woher das Geld kommt.

Die Regierung tut wenig, um zumindest in ihrem direkten Zuständigkeitsbereich Transparenz zu schaffen und gegen Korruption in Ministerien und Regierungsbehörden vorzugehen. Im Gegenteil: Laut Anwältin und Journalistin Ileana Alamilla, Präsidentin der alternativen Nachrichtenagentur CERIGUA, haben die Vorwürfe Ro-

senbergs an die Adresse der First Lady durchaus Hand und Fuß: Der Präsident habe »dem Herzen seiner Regierung, nämlich seiner Ehefrau, das Management von Abermillionen von Quetzales anvertraut« – Gelder, die aus wichtigen Ministerien wie Gesundheit oder Bildung abgezogen wurden. »Diese Gelder verwaltet jetzt die Ehefrau des Präsidenten – und das, obwohl sie überhaupt kein öffentliches Amt hat«, so Alamilla.« Sie untersteht deswegen auch nicht der Finanzüberwachung und sie legt auch keine Rechenschaft ab.« Die Präsidentengattin sei die wichtigste Figur der Regierung, vielleicht wichtiger als der Präsident selbst. Alamillas Urteil steht fest: »Die Coloms haben die Institutionen Guatemalas gewaltig beschädigt.«

»Institutionen gewaltig beschädigt«

Die verrufenen Institutionen Guatemalas noch zu beschädigen, das ist allerdings eine Leistung. Andere Institutionen tragen das ihre dazu bei. Da streitet der Oberste Gerichtshof Guatemalas (CSJ) seit Monaten und bis zur faktischen Handlungsunfähigkeit darum, wer wohl den Vorsitz des kaum noch ehrwürdigen Rates einnehmen solle. Eben jene höchsten Richter, denen die Tageszeitung Prensa Libre soeben eine skandalöse Freizügigkeit im Umgang mit Reisespesen vorwirft. Den Richtern des Verfassungsgerichtshofes wird Amtsmissbrauch vorgeworfen, den Richtern des obersten Wahlrates exorbitante Verschwendung. Partikularinteressen hoher staatlicher Funktionäre und die Art und Weise, wie diese hinter verschlossenen Türen ausgewählt würden, seien – so Ileana Alamilla – verantwortlich dafür, dass die guatemalteckische Justiz absolut handlungsunfähig sei.

Colom war angetreten mit dem Versprechen, das Vertrauen in den Staat wieder herzustellen, dem organisierten Verbrechen und der Gewalt den Kampf anzusagen und ein neues Entwicklungsmodell für Guatemala auszurufen, das, im Geiste der Friedensverträge von 1996, die Armut und Ungleichheit reduzieren sollte. Das Ergebnis ist ernüchternd: Allein im letzten Jahr verzeichnete Guatemala 6.292 Morde. Die Tendenz ist in den ersten Monaten des Jahres 2009 sogar steigend. Sergio Morales, Ombudsmann für Menschenrechte und somit Vorsitzender einer der wenigen staatlichen Institutionen Guatemalas, die noch den Respekt der Bevölkerung genießen, verdeutlicht die Größenordnung der Gewalt: »Die WHO spricht bei 10 Toten pro 100.000 Einwohnern von einer Epidemie, wenn es um einen Virus geht. In Guatemala werden jedes Jahr 42 Menschen pro 100.000 Einwohner ermordet.«

Im März sorgten Morde an Chauffeuren der lokalen Busunternehmen für Aufregung. Präsident Colom sprach damals, wie heute vom Versuch einer Destabilisierung seiner Regierung. Allerdings sind Morde an Busfahrern beileibe kein neues Phänomen. Im Jahr 2008 verloren

¹ Die guatemalteckischen Banken haben im Jahr 2008 rund 200 Millionen Euro verdient, was einer Kapitalrendite von 19 Prozent entspricht. Im ersten Trimester 2009 konnten sie sogar noch um fast 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zulegen (Quelle: Prensa Libre, Superintendencia de Bancos, SIB).

über 200 von ihnen ihr Leben. Die Hintergründe sind, so Edgar Celada, Verantwortlicher für Sicherheitsfragen in der Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH), jedoch nicht in einem Versuch der Destabilisierung der Regierung zu sehen, vielmehr ginge es um Schutzgelderpressung. Das öffentliche Transportwesen der Hauptstadt ist ein lukratives Geschäft. Seit den Achtziger Jahren wird es von der Kommune hoch subventioniert, mit angeblich 10.000 Euro pro Einheit und Jahr. Investiert wird allerdings kaum, ein Großteil der Subventionen landet in den Taschen der privaten Busunternehmer, Geld, das andere über Schutzgelder abschöpfen wollen. Den Job übernehmen die Maras, starke und gut organisierte Jugendbanden, die von der guatemaltekischen Presse seit Jahren für die Wurzel allen Übels verantwortlich gemacht werden. Laut Edgar Celada sind die Maras jedoch nur »die Infanterie mächtiger Gruppen, die keiner kennt.« Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass die Millionen Erpressungsgelder bei den Maras selbst verbleiben würden, nur – welche Kreise genau die Auftragsgeber seien, das wisse man nicht, es ermittle ja niemand, nicht die Polizei, nicht die Justiz aber auch nicht die Presse.

Mehr private Sicherheitsleute als Polizisten

Ein anderes florierendes Geschäft ist angesichts der zahllosen Erpressungen, Entführungen und Morde die Sicherheit. 85.000 Menschen arbeiten derzeit in privaten Sicherheitsunternehmen. Deren Gründer sind oft ehemalige Generäle. Maira Murrallles arbeitet bei Oxfam im Bereich Gerechtigkeit und Sicherheit. Sie führt den Fall Manuel de Jesus Valiente Téllez an, in den Achtziger Jahren Chef der Geheimpolizei Policia Judicial, verantwortlich für Attentate und Morde an Studenten, Gewerkschaftern, Intellektuellen. Diese Einheit wurde im Zuge des Friedensprozesses aufgelöst und der mittlerweile verstorbenen Manuel de Jesus Valiente Téllez gründete ein privates Sicherheitsunternehmen. Das ist vielleicht das herausstechende Beispiel, aber die überwiegende Mehrheit der Sicherheitsunternehmen in Guatemala sind Gründungen ehemaliger Militärs. Hector Rosada, Sicherheitsexperte, spricht von der Privatisierung des Aufstandsbekämpfungssapparates, die auch deswegen so gut funktionierte, weil keiner der Täter der Militärdiktatur jemals zur Rechenschaft gezogen wurde. Jede Bankfiliale, jeder Supermarkt, jeder Nachtclub, jede Apothekenkette und mittlerweile auch die Busunternehmen leisten sich private Sicherheitskräfte, hinzu kommen unzählige Leibwächter. In dem Maße, wie die Gewalt in Guatemala zunimmt, steigen die Profite der privaten Sicherheit. Ein Klima von Gewalt und Unsicherheit liegt also im Geschäftsinteresse. Oder wie es Edgar Celada von der Ombudsstelle für Menschenrechte formuliert: »Wer ein privates Sicherheitsunternehmen hat, dem ist daran gele-

gen, dass der Staat NICHT für Sicherheit garantieren kann!«

Der guatemaltekische Staat hätte mit den ihm zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Mitteln kaum eine Chance, auch nur die privaten Sicherheitsunternehmen zu regulieren und zu kontrollieren: In deren Dienst sollen mittlerweile dreimal mehr Menschen stehen, als es Polizisten in Guatemala gibt. Und die Polizei in Guatemala (PNC – Policia Nacional Civil) gilt als schlecht ausgerüstet, schlecht ausgebildet, miserabel entlohnt, als hoch korrupt und in Erpressungen und Morde verstrickt. Sie ist ein Recyclingprodukt der Polizei zu Zeiten der Militärdiktatur, erläutert wiederum Edgar Celada, eine Institution ohne Rechtsverständnis, in der die Kultur der Straffreiheit tief verwurzelt ist. Die Polizei genießt, wie auch große Teile der Staatsanwaltschaft, kein Vertrauen der Bevölkerung. Auch das ein Grund dafür, warum Morde so gut wie nie aufgeklärt werden. Und auch ein Grund dafür, warum die Bevölkerung all zu oft zur Selbstjustiz greift, wenn sie glaubt, einmal eines Täters habhaft geworden zu sein.

Kultur der Straffreiheit

Ist Guatemala also ein *failed state*, ein gescheiterter Staat, das neue Modewort von Diplomaten, Politikwissenschaftlern und Journalisten? Politik, Polizei und Justiz funktionieren in Guatemala durchaus noch, insbesondere im Unternehmerinteresse. Iduvina Hernández erinnert an die vergangene Regierungszeit Oscar Bergers, ein Präsident aus dem Unternehmerlager. Während kaum ein Mord in Guatemala aufgeklärt werde, hätten Justiz und Polizei innerhalb von 24 Stunden Räumungsbefehle für besetzte Ländereien ausgestellt und umgesetzt, soziale Säuberungen in Armenvierteln durchgeführt, Ländereien enteignet, wenn es um Infrastrukturprojekte ging. »Die unglaubliche Korruption, der Klientelismus und auch die Straffreiheit ist Teil des Systems Guatemala und dient vor allem mächtigen Interessen, denen es um Profit geht, nicht um das Wohl der Bevölkerung«, so Hernández. Das sei keineswegs eine neue Entwicklung.

Eigentlich müssten angesichts dieser Zustände schon seit langem die Menschen in Massen auf die Straße gegangen sein. Doch den korrupten staatlichen Institutionen und den mächtigen Interessengruppen von Unternehmern bis Drogenunternehmern steht eine schwache und atomisierte soziale Bewegung entgegen. »Die Zerstrittenheit der politischen Linken ist ebenso historisch wie der autoritäre Führungsstil innerhalb des Guerillaverbandes URNG«, meint beispielsweise der Ex-Guerillero Fito. Die URNG habe die Friedensabkommen ohne eine Konsultation mit der Basis und ohne eine Allianz mit der sozialen Bewegung ausgehandelt. Das habe zu Ernüchterung und zur Entfremdung von der URNG geführt, von der sich die Partei bis heute nicht erholt habe.

URNG-Chef Hector Nuila widerspricht dem energisch. Die URNG habe in der fragilen Zeit nach dem Friedensschluss nicht durch aggressive Forderungen den Rechten in die Hände spielen wollen und dies sei von den sozialen Organisationen nicht verstanden worden.

Zersplitterte Linke

Doch auch die sozialen Bewegungen selbst haben ihren Teil zur eigenen Machtlosigkeit beigetragen. Zum einen ist es ihnen nie gelungen, die verschiedenen linken, bürgerlichen und christlichen Strukturen unter einen Hut zu bringen. Keine Organisation kann heute für sich in Anspruch nehmen, auch nur für die Mehrheit derer zu sprechen, die sie repräsentieren will. In den verschiedenen Gewerkschaften, Kleinbauern-, Umwelt- oder Indígenaorganisationen gibt es heute ähnliche Widersprüche, wie in der damaligen Guerillakoalition URNG. Darunter leidet die Mobilisierungsfähigkeit.

Sind eine zersplitterte soziale Bewegung und eine schweigende Zivilgesellschaft angesichts dieser Zustände ein weiteres Indiz für einen *failed state*? Iduvina Hernández von der NGO SEDEM verneint das. Die Zivilgesellschaft Guatemalas bilde den seidenen Faden, die den Staat vor dem Absturz bewahre. Sie habe vielleicht nicht die Kraft und die Einigkeit, Hunderttausende auf die Straße zu bringen, wie sie das in den 70er Jahren gegen die Militärdiktatur konnte. Aber Teile der Zivilgesellschaft hätten heute eine technische Kapazität, (Gesetzes-)Initiativen einzubringen und Forderungen zu stellen. In vielerlei Hinsicht habe dieser Sektor sogar Aufgaben des Staates übernommen, in den Bereichen Gesundheit, Bildung und auch Justiz und Sicherheit: Man habe Anwälte geschult, die Entwicklung von staatlicher Sicherheitsstrategien vorangetrieben, den Genozid der Militärdiktatur aufgedeckt, Täter benannt. Gesetzesvorschläge der Zivilgesellschaft seien meist besser ausgearbeitet, als diejenigen, die der Kongress einbringe. Bei Katastrophen seien Organisationen der Zivilgesellschaft fast immer schneller vor Ort, als staatliche Organisationen. Diese Zivilgesellschaft sei der Garant dafür, dass Guatemala noch kein *failed state* sei.

Zivilgesellschaft funktioniert noch

Das Rosenberg-Video, der daraus resultierende Skandal und die erstaunliche, wenn auch nicht spontane Mobilisierung dieser »Zivilgesellschaft« könnten mehr bewegen, als es einigen in Guatemala lieb ist. Unter Druck geraten, verspricht Präsident Colom umfassende Aufklärung, und zwar durch die internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala CICIG unter Vorsitz des Spaniers Carlos Castresaña. Auch Unternehmerkreise und rechte Politiker fordern mittlerweile die Einschaltung der CICIG. Das ist einigermäßen pikant. Denn vorher

hatten sie erbitterten Widerstand geleistet, dass eine internationale Kommission, die – von Menschenrechtlern seit langem gefordert – die notorische Straffreiheit für schwerste Menschenrechtsverbrechen in Guatemala untersuchen und beseitigen helfen soll. Sicher ist, dass die CICIG durch diese Affäre gestärkt wird. »Endlich mal fordert die Gesellschaft als Ganzes, von arm bis reich, lautstark Aufklärung«, sagt Enrique Corral von der Fundación Guillermo Toriello, »und die internationale Kommission ist momentan die einzige Institution, die diese Aufklärung leisten kann.«

Immerhin: Durch die Morde hat die besagte internationale Kommission gegen Straffreiheit CICIG ihren ersten großen Fall. Es könnte der Anfang für größere Veränderungen in Guatemala sein – vielleicht. Fast sämtliche Institutionen des Staates müssten dafür gereinigt, demokratisiert, professionalisiert und finanziell besser ausgestattet werden. Ungleichheit und Rassismus müssten entschlossen bekämpft werden. Doch dadurch würden mächtige Interessen beeinträchtigt: Höchst lukrative illegale Geschäfte, die Privilegien einer kleinen, mächtigen Kaste, Unternehmen, die traditionell keine Steuern bezahlen, die Korruption als bedeutendster Faktor von Entscheidungen in Politik, Justiz und Wirtschaft. Den dahinterstehenden Interessensgruppen nutzte die Gewalt der letzten Jahre, um weiterhin abseits der Öffentlichkeit große Geschäfte machen zu können. Ihre Macht ist nicht erst seit Friedensschluss die Ursache dafür, dass Guatemala das sozial ungerechteste und gewalttätigste Land Lateinamerikas ist.

Unter folgendem Link können Sie kostenlos unregelmäßige Berichte aus Lateinamerika bestellen:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Zuletzt in der Reihe Standpunkte/Standpunkte International erschienen:

Standpunkte 9/2009

KARL VOSSKÜHLER
Bedarfsorientierung oder bedingungsloses
Grundeinkommen?

Standpunkte 8/2009

MICHAEL BRIE
Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr
statt »Abwrackprämie«!

Standpunkte 7/2009

JÜRGEN KLUTE
Die Evangelische Kirche und die Debatte um den
Mindestlohn.

Standpunkte 6/2009

HORST DIETZEL, DR. JOCHEN WEICHOLD
*Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im
Vergleich.*

Standpunkte 5/2009

WOLFGANG NEŠKOVIČ
Der Idiotie des realen Monopoly die soziale Utopie
entgegenzusetzen!

Standpunkte 4/2009

WALDEN BELLO
Unsere Antwort auf die Krise des Kapitalismus.

Standpunkte 3/2009

BERNARD SCHMID
Rechtsextreme proben wieder. Eintritt ins
Europäische Parlament – mit veränderter Taktik.

Standpunkte 2/2009

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT
Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor
– zwischen Markt und Staat.

Standpunkte 1/2009

THOMAS LOHMEIER
Inhalt braucht Form. Partizipatorische Kampagnenfüh-
rung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung.

Standpunkte International 12/2009

GERD-RÜDIGER STEPHAN
Zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen in
Südafrika.

Standpunkte International 12/2009

NILS BROCK
Mexiko: No Man's Land für Menschenrechte.

Standpunkte International 11/2009

KARIN GABBERT
Im Schatten des Präsidenten: Ecuador vor den Wahlen.

Standpunkte International 10/2009

ANGELIKA TIMM
Regierungsbildung in Israel: Bibi Netanjahus
zweites »Kabinett der Falken«.

Standpunkte International 9/2009

TORGE LÖDING
Guten Morgen, Zentralamerika!
Der historische Wahlsieg der FMLN in El Salvador
wird in der Region gefeiert.

Standpunkte International 8/2009

ANGELA ISPHORDING
Wende in El Salvador?

Standpunkte International 7/2009

GERD-RÜDIGER STEPHAN
Südafrika 2009 – zwei Monate vor den Wahlen.

Standpunkte International 6/2009

ANGELIKA TIMM
Knessetwahlen 2009 – Hintergründe, Ergebnisse,
Perspektiven.

Standpunkte International 5/2009

KATHRIN BUHL
Gemischte Bilanz des Weltsozialforums.

Standpunkte International 4/2009

GEROLD SCHMIDT
El Salvador: FMLN nach langem Marsch endlich
an die Macht?

Standpunkte International 3/2009

ANGELIKA TIMM
Wo ist die israelische Linke? Eine inner-israelische
Momentaufnahme.

Alle Beiträge der Reihe sind zu finden unter:

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=publikationen>